

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
Brockdorff-Rantzau-Str. 70 | 24837 Schleswig

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume
Technischer Umweltschutz
Regionaldezernat Mitte
z.Hd. [REDACTED]
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek

Obere Denkmalschutzbehörde
Planungskontrolle

Ihr Zeichen: 713 – G20/2020/051/
Ihre Nachricht vom: 27.04.2021/
Mein Zeichen: Schashagen-NB 1 WEA-Windpark
Bliesdorf/
Meine Nachricht vom: /

Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]

Schleswig, den 30.04.2021

**Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz-BImSchG-
Neugenehmigung nach §§ 4, 10 BImSchG
Antrag auf Neugenehmigung von 1 Windkraftanlage Typ Nordex N 117 mit einer Ge-
samthöhe von 200 m, einer Nabenhöhe von 141 m, einem Rotordurchmesser von
117 m und einer Nennleistung von 3,6 MW, gem. Nr. 1.6.3 V des Anhangs 1 zur 4.
BImSchV
Aufstellungsort: 23730 Schashagen, Gemarkung: Bliesdorf, Flur: 1, Flurstück: 8/1
Antragstellerin: Windpark Bliesdorf UG & Co. KG, Brodauer Straße 15, 23730
Schashagen
hier: Behördenbeteiligung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG i. V. m. § 11 der 9. BImSchV
Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter [REDACTED],

die überplante Fläche befindet sich in einem archäologischen Interessengebiet. Bei der überplanten Fläche handelt es sich daher gem. § 12 (2) 6 DSchG um Stellen, von denen bekannt ist oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden. Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen demnach der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes.

Denkmale sind gem. § 8 (1) DSchG unabhängig davon, ob sie in der Denkmalliste erfasst sind, gesetzlich geschützt.

Wir stimmen der vorliegenden Planung zu. Da jedoch zureichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass im Verlauf der weiteren Planung in ein Denkmal eingegriffen werden wird, sind gem. § 14 DSchG archäologische Untersuchungen erforderlich.

Der Verursacher des Eingriffs in ein Denkmal hat gem. § 14 DSchG die Kosten, die für die Untersuchung, Erhaltung und fachgerechte Instandsetzung, Bergung, Dokumentation des Denkmals sowie die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse anfallen, im Rahmen des Zumutbaren zu tragen.

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass archäologische Untersuchungen zeitintensiv sein können und eine Genehmigung möglichst frühzeitig eingeholt werden sollte, damit keine Verzögerungen im sich daran anschließenden Planungs- oder Bauablauf entstehen.

Entsprechend sollte der Planungsträger sich frühzeitig mit dem Archäologischen Landesamt in Verbindung setzen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Zuständig ist Herr [REDACTED] (Tel.: [REDACTED]).

Darüber hinaus verweisen wir auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

Anlage: Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme